

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: EG-Finzen - USA - Exportkredite -
OECD - UdSSR**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: EG-Finzen - USA - Exportkredite - OECD - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 7, pp. 313-314

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135695>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EG-Finzen

Erweiterung durch Ölimportabgabe?

Die in naher Zukunft drohende Erschöpfung der Haushaltsmittel der Europäischen Gemeinschaften hat die EG-Kommission veranlaßt, erneut Vorschläge über eine mögliche Erweiterung der bestehenden Einnahmequellen zu unterbreiten. Das herausragende Element im vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog, die Einführung einer Ölimportabgabe, ist von der Kommission bereits seit Jahren immer wieder ins Gespräch gebracht worden, hat jedoch bei den meisten Mitgliedsregierungen bisher keine positive Resonanz gefunden.

Zwar sind die Vorzüge dieser Maßnahme offensichtlich: mit Hilfe dieser schon bei geringen Abgabesätzen recht ergiebigen Einnahmequelle würde vorerst nicht nur das Problem der leeren Kassen gelöst, sondern zugleich auch das Beitragsproblem Großbritanniens stark abgeschwächt. Die Briten, die sich durch das derzeitige Finanzierungssystem unangemessen stark belastet fühlen, würden aufgrund der eigenen Ölvorkommen von der Maßnahme finanziell kaum betroffen.

Dennoch sind erhebliche Zweifel an der Eignung der Ölimportabgabe als neue eigene Einnahme der EG angebracht. Die Mitgliedstaaten werden diese Maßnahme in erster Linie anhand der möglichen nationalen wirtschafts- und energiepolitischen Auswirkungen beurteilen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie sich ihren Handlungsspielraum auf diesen Gebieten beschneiden lassen, indem sie der Gemeinschaft die Einnahmeautonomie über diese Abgabe übertragen. Sollten die ohnehin hohen Ölpreise erneut explosionsartig ansteigen – was niemand auszuschließen vermag –, sähen sich manche Regierungen aus wirtschaftspolitischen Gründen möglicherweise gezwungen, diese Abgabe unverzüglich wieder abzuschaffen. Dieses Szenario würde dann zugleich den Zusammenbruch der EG-Finzen bedeuten. Es wäre also sehr riskant, den EG-Haushalt in eine enge Abhängigkeit von einer so extrem unkalkulierbaren Größe wie der Ölpreisentwicklung zu bringen.

nt

USA

„Fed“ als Sündenbock

Das amerikanische „Federal Reserve System“ (Fed) gehört neben der Deutschen Bundesbank und der Schweizer Nationalbank zu den wenigen heute noch autonomen Zentralbanken der Welt. Autonom bedeutet dabei nicht, daß die Entscheidungsträger völlig unab-

hängig vom politischen Umfeld handeln können, sondern daß sie nicht an Weisungen der Regierungen gebunden sind.

Naturgemäß werden autonome Zentralbanken, anders als weisungsgebundene, immer wieder von Regierungen kritisiert, insbesondere wenn die geldpolitischen Maßnahmen in Konflikt zur Finanzpolitik geraten. Die Schärfe der Angriffe, die in letzter Zeit von Mitgliedern der US-Regierung gegen das Fed geführt werden, übersteigt aber deutlich das gewohnte Maß, und es wird sogar mit Einschränkungen der Autonomie des Fed gedroht. Dies ist um so erstaunlicher, als gar kein Dissens darüber besteht, daß das Fed grundsätzlich dem Stabilitätsziel verpflichtet sein soll. Die Kritik entzündet sich vielmehr an der Technik der Geldmengensteuerung und daran, daß trotz sichtbarer Erfolge der Inflationsbekämpfung das Zinsniveau so hoch bleibt. Das Fed macht dagegen seinerseits die expandierenden Staatsdefizite für zu hohe Zinsen und Strukturveränderungen für die Verunsicherung der Finanzmärkte und die Probleme der Geldsteuerung verantwortlich.

Da die US-Regierung noch vor den Zwischenwahlen im November wirtschaftspolitische Erfolge aufweisen möchte und sich diese noch nicht andeuten, soll offensichtlich das Fed als politischer Sündenbock dienen, ohne daß die Einschränkung seiner Autonomie wohl ernsthaft beabsichtigt ist. Dabei fragt sich nur, ob die Irritation, die die Drohung an den Finanzmärkten ausgelöst hat, der Regierung nicht mehr Schaden als Nutzen gebracht hat.

de

Exportkredite

Einigung über Mindestzinsen

Nach monatelangem Tauziehen zwischen Japan, den USA und der EG um Höhe und Modalitäten der Mindestzinsen für Exportkredite haben die EG-Finanzminister Anfang Juli den zweiten Kompromißvorschlag des Vorsitzenden des zuständigen OECD-Ausschusses, Axel Wallen, mit leichten Modifikationen akzeptiert. Die Finanzminister haben damit die in letzter Zeit bezweifelte Konsensfähigkeit der EG-Staaten demonstriert und ihren Willen bekundet, dem Wettbewerb der Staatskassen auf den Exportmärkten gewisse Grenzen zu setzen. Die Einigung war möglich geworden, nachdem Frankreich seine ursprüngliche Forderung nach einem Junktim zwischen den Mindestzinsen und der amerikanischen Zinspolitik aufgegeben hatte. Damit haben sich in dieser Frage die Amerikaner durchgesetzt. Das gilt auch für die Verschlechterung der Kreditbedingungen

für die Sowjetunion durch ihre Einstufung in die Kategorie der relativ reichen Länder.

Ange­sichts zunehmender Beschäftigungsprobleme und weiterhin pessimistischer Wachstumsprognosen in den meisten Industrieländern ist jede Eindämmung protektionistischer Tendenzen zu begrüßen. Allerdings muß die kritische Frage erlaubt sein, ob die angestrebte Neutralisierung der internationalen Zinsdifferenzen tatsächlich geeignet ist, Wettbewerbsverzerrungen im Export auszugleichen, wenn sie faktisch zu einer von Land zu Land unterschiedlichen Subventionierung der Exporte führt. Die erheblichen Differenzen zwischen den Marktzinsen verschiedener Länder resultieren aus unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen und wirtschaftspolitischen Strategien und können nicht isoliert betrachtet werden. Der völlige Verzicht auf Zinssubventionen zum Zwecke der Exportförderung wäre deshalb sicherlich vorzuziehen, ist aber zur Zeit offenbar nicht erreichbar. cl

OECD

Rückgang der öffentlichen Hilfe

Der OECD-Entwicklungshilfeausschuß (DAC) zog jetzt eine vorläufige Bilanz für 1981. Danach flossen aus den westlichen Industriestaaten im letzten Jahr private und öffentliche Mittel in Höhe von 81,4 Mrd. US-\$ in die Entwicklungsländer. Gegenüber dem Vorjahr (76,1 Mrd. \$) war nominal ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der den erhöhten privaten Mittelzuflüssen in Form von Direktinvestitionen und Exportkrediten zuzuschreiben ist. Die öffentliche Entwicklungshilfe – die zu ca. 75 % aus Schenkungen bestand – ging 1981 dagegen nicht nur real, sondern auch nominal zurück. Sie erreichte nur noch 25,5 Mrd. \$ nach 27,2 Mrd. \$ 1980. Dabei schlug vor allem die geänderte Politik der USA durch, die ihre multilaterale Hilfe um die Hälfte kürzten und allein ihren Beitrag an die Weltbanktochter IDA um 500 Mill. \$ reduzierten.

Wer Entwicklungspolitik als Instrument der Außenpolitik verstanden sehen möchte, wird diesen Rückgang der multilateralen Hilfe begrüßen. Ebenso werden diejenigen Politiker und Ökonomen, die seit langem argwöhnen, daß Entwicklungshilfe zu Vorzugsbedingungen nur der Kapitalverschwendung Vorschub leistet, eine weitere Verlagerung hin zu privaten Mittelzuflüssen befürworten. Aber auch wenn solche – oft ideologiebefruchteten – Gedankengänge bei der Diskussion und den Entscheidungen über Entwicklungshilfe nicht weiter an Raum gewinnen, ist mit einer realen Steigerung der öffentlichen Hilfe in absehbarer Zukunft kaum zu rechnen.

Ange­sichts der wirtschaftlichen Stagnation in vielen OECD-Staaten erscheint sogar ein weiterer Rückgang möglich.

Der einzige Ausweg für den Süden liegt daher in einer verstärkten Mobilisierung der eigenen Kräfte. Das setzt in vielen Ländern eine Reform der sozialen, politischen und ökonomischen Ordnung voraus. Sie könnte die Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten ohnehin weit nachhaltiger verbessern als der vergeblich geforderte massive Ressourcentransfer aus dem Norden. er

UdSSR

Neues Lebensmittelprogramm

In einer Zeit nachlassenden industriellen Wachstums ist in der Sowjetunion ein neues Lebensmittelprogramm verkündet worden, das vermutlich noch weitere Kürzungen im industriellen Bereich erforderlich machen wird. Hinter dem Programm steht die Einsicht der Parteiführung, daß die Beschäftigten auf die Dauer nicht zu einer höheren Arbeitsproduktivität motiviert werden können, wenn die Versorgung mit Nahrungsmitteln (und anderen Konsumgütern) nicht in ausreichendem Maße gewährleistet ist. Eine höhere Arbeitsproduktivität ist aber das Kernstück des angestrebten „intensiven Wachstums“.

Wie schlecht es um die sowjetische Landwirtschaft bestellt ist, zeigt der Vergleich mit den USA: Mit einer Anbaufläche, die um ca. zwei Drittel größer ist als in den USA, und mit einem dreifach höheren Aufgebot an Arbeitskräften erzielt die Sowjetunion nur ungefähr drei Viertel der amerikanischen Getreideproduktion.

Laut Programm soll die durchschnittliche jährliche Getreideernte, die 1976-1980 205 Mill. t betragen hat, schon in diesem Jahrfünft auf 238-243 Mill. t und im kommenden Jahrfünft auf 250-255 Mill. t steigen. Damit würde die Sowjetunion die vollständige Selbstversorgung mit Getreide erreichen. Eine entscheidende Rolle in diesem Programm wird eine bessere Belieferung der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie mit Maschinen und Ausrüstungen spielen. 10 % der Getreideernte gehen jährlich allein wegen fehlender Erntemaschinen verloren. Der gesamte Verlust bei Erntearbeiten, Transport und in den Lagerhäusern wird auf ein Fünftel der Bruttoernte geschätzt.

Ob die Planziele auch erreicht werden, bleibt abzuwarten. Schon in den vergangenen Jahren blieben die Ernten hinter den Planzielen zurück, obwohl diese relativ bescheiden waren. bō